

# „Aufarbeitung steht noch aus“

**// Vor 40 Jahren wurde jede und jeder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft. Für ein Berufsverbot reichte es, einer „falschen“ Organisation anzugehören. Betroffen waren vor allem „linke“ Lehrkräfte. Der Historiker Dominik Rigoll ist überzeugt, dass der Radikalenerlass von 1972 die demokratische Grundordnung mehr beschädigt als beschützt hat. Er sagt: höchste Zeit, das Unrecht aufzuarbeiten. //**

**E&W:** Im Januar 1972 haben Bund und Länder den Radikalenerlass beschlossen, um vermeintliche Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Alles lange her. Warum ist es so wichtig, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen?

**Dominik Rigoll:** Eine Aufarbeitung dieser Geschichte steht noch aus. In der breiten Öffentlichkeit und auch in der Historikerzunft wird die Bundesrepublik vor allem als Erfolgsgeschichte betrachtet, was nach den Erfahrungen der NS-Zeit durchaus verständlich ist. Gleichwohl ist es wichtig, zu fragen: Ist im Namen des Rechtsstaats damals Unrecht geschehen? Es ist leicht, mit dem Finger auf die DDR zu zeigen. Doch wir müssen uns nicht an der DDR messen, sondern am Grundgesetz.

**E&W:** Begründet wurde der Radikalenerlass mit dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung ...

**Rigoll:** Es war ziemlich verrückt, was damals passiert ist. Der Staat entschied sich, alle vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, die in den öffentlichen Dienst wollten. Ich bin überzeugt: Der Radikalenerlass hat die demokratische Grundordnung mehr beschädigt als beschützt. Es gab über 10 000 Ablehnungsverfahren, unzählige Personen wurden zu politischen Anhörungen geladen. Rechtskräftig waren – in Anführungszeichen – nur rund 1 000 Fälle. Bei über zwei Millionen Regelanfragen\* bis 1990. Das zeigt, dass jede Verhältnismäßigkeit fehlte.

**E&W:** Wie prägten die Berufsverbote die Gesellschaft?

**Rigoll:** In den 1960er-Jahren fand zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine breite Politisierung der Jugend nach links hin statt. Der Radikalenerlass trug dazu bei, den riesigen Demokratiehoffnungen einen Dämpfer zu verpassen. Damit handelte sich die BRD bei den jungen Leuten ein Legitimitätsdefizit ein. Man wusste, dass in den 1950er-Jahren Zehntausende Beamte aus der NS-Zeit in den öffentlichen Dienst gelangt waren. Hinzu kamen viele Rechtsradikale. Und nun wurde wegen der 68er – vor allem in Bildungseinrichtungen – so ein Terz gemacht. Das wurde als ungerecht empfunden und hat zur Radikalisierung beigetragen.

**E&W:** Wieso kam der Staat überhaupt auf so eine Idee?

**Rigoll:** Als Rudi Dutschke Ende der 1960er-Jahre den „langen Marsch durch die Institutionen“ ankündigte, rief das Establishment dazu auf, diese Leute aufzuhalten – sonst gebe es



Foto: Matthias Wehlsky

**Dominik Rigoll, Historiker, Mitarbeiter am Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam, Autor von „Staatsschutz in Westdeutschland“**

eine Revolution. Allerdings zeigt der Blick in andere Länder, dass dies nicht die einzige Erklärung sein kann. Überall im Westen gab es radikale 68er und den Kalten Krieg, doch nur in Deutschland wurden Berufsverbote erteilt. Eine wichtige Rolle spielt natürlich, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), deren Anhänger besonders stark betroffen waren, von der DDR abhing. Hinzu kam, dass die Behörden noch stark vom Denken ehemaliger NS-Juristen geprägt waren.

**E&W:** Und die Bevölkerung war mit den Berufsverboten einverstanden?

**Rigoll:** In den ersten Jahren hatte die breite Mehrheit viel Verständnis für den Radikalenerlass. Vor allem mit Blick auf linke Lehrkräfte. Es gab die Angst, dass jemand wie Ulrike Meinhoff als Lehrerin unterrichten könnte. Dabei hatte die Rote Armee Fraktion (RAF) nur Verachtung übrig für Leute, die versuchten, als Lehrerin oder Lehrer im Kleinen etwas zu verändern. Heute herrscht ein ziemlich breiter Konsens, dass die 68er überall im Westen zur Liberalisierung beigetragen haben. Doch für die Berufsverbote, die sich im Grunde ja auch gegen die 68er richteten, fehlt immer noch das Unrechtsbewusstsein.

**E&W:** Die Bundesländer haben die Regelanfrage seit 1979 schrittweise abgeschafft. Inwiefern spielen Berufsverbote heute noch eine Rolle?

**Rigoll:** Es werden natürlich noch immer Leute abgelehnt, vor allem Linke. Ein Massenphänomen wie nach 1972 ist das nicht. Aber auch wenn es abgedroschen klingt: Solange die Demokratie ihre damaligen Fehler nicht eingesehen hat, können sie sich leicht wiederholen.

Interview: Kathrin Hedtke, freie Journalistin

**\*In der politischen Diskussion wird sogar von bis zu 3,5 Millionen Anfragen ausgegangen.**